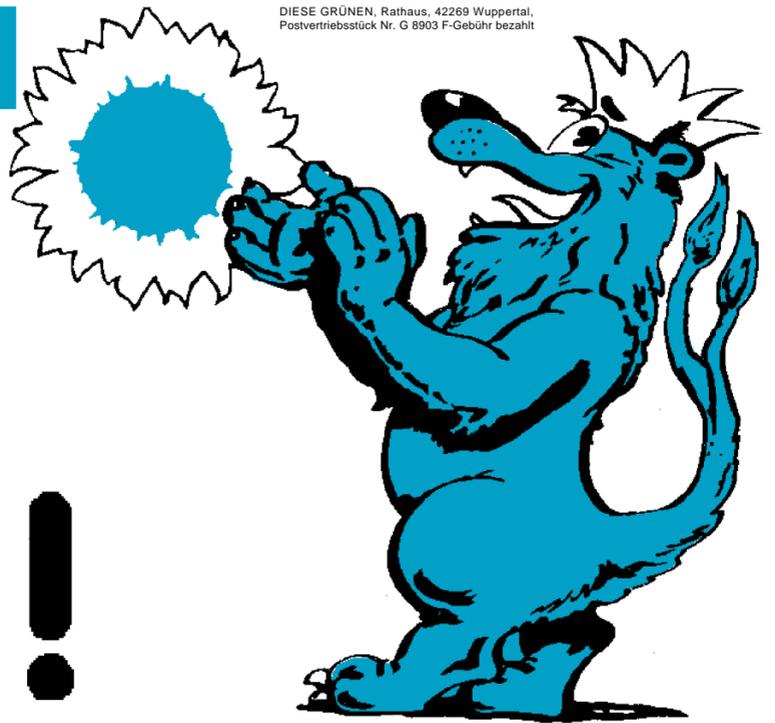


DIESE GRÜNEN!



Gelpe: Ausverkauf der Natur

■ Gibt es überhaupt Gründe, die für eine Bebauung an der Luhnsfelder Höhe sprechen?

Ja – sicher! Wenn man Eigentümer eines Feldes im Landschaftsschutz ist, das normalerweise zwischen DM 6,00 und 8,00 pro Quadratmeter kostet!

Ganz bestimmt! Wenn man Architekt, Bauträger und Vermarkter eines solchen Grundstückes ist! – Man erzielt Erträge für den Quadratmeter um die 520,- DM und pro Haus lassen sich DM 800.000 bestimmt erzielen! Aber auch, wenn man eine Familie mit Kindern ist und Geld genug hat, dies zu bezahlen und wenn es dann noch egal ist, ob die Natur für die Kinder erhaltenswert ist. Alles gut Gründe, die Gelpe zuzubauen! Es sind ja immer nur kleine Stücke, die aus dem Landschaftsschutz herausgenommen werden und wenn es erst einmal geschehen ist, gewöhnt man sich daran und in ein paar Jahren interessiert es keinen Menschen mehr, was hier geschehen ist! – Das sind die Argumente im Beziehungsgeflecht von Wirtschaft und Politik, von Macht und Kommerz! Man könnte ja sagen, na gut, hier geht es zu wie überall, wo Macht und Finanzkraft gepaart sind, doch da sind ganz normale BürgerInnen, die so etwas in unserer Demokratie nicht hinnehmen wollen, die eine Lobby für die Natur bilden und hier ganz entscheidenden Widerstand anmelden.

Der Naturraum Gelpe ist für ganz Wuppertal wichtig. Und – Natur kann man mit Geld nicht ersetzen. Es geht um den Erhalt der Landschaft; um Lebensraum für Pflanze, Mensch und Tier. Darum war es der GRÜNEN Fraktion wichtig, zum Ortstermin einzuladen und an Ort und Stelle einmal zu zeigen, um welchen Fleck Erde es geht. Angesichts des immer größer werdenden Landschaftsverbrauchs kann Wuppertal es sich nicht leisten, hier noch Vorreiter zu spielen, indem unsere gewählten Vertreter mehrheitlich einem sogenannten Vorhabensträger auf Kosten der Natur enorme Gewinne zuschustern.

Hier werden Fragen aufgeworfen, die die Unabhängigkeit der Volksvertreter zur Diskussion stellen.

Alle, die sich für den Erhalt des Naturraums Gelpe einsetzen, hoffen, dass hier die Natur vor dem Profitstreben Einzelner Vorrang hat.

Es müssen jedoch noch weitere Fragen gestellt werden:

Wenn ein sogenannter Vorhabensträger am 12.04.2000 einen Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Luhnsfelder Höhe stellt und der Rat dann bereits im Juni darüber befindet und mehrheitlich positiv beschließt; was steckt dahinter? Wenn dann weiter die Vorlage der Verwaltung die Beschreibung des Vorha-



GRÜNE laden zum Ortstermin – im Naturfreundehaus werden alle Argumente gegen die Bebauung der Luhnsfelder Höhe ausgetauscht.

bens und die Argumente des Antragstellers als Basis enthält; was steckt dahinter? Wenn Belange des Natur- und Landschaftsschutzes dem Profitstreben geopfert werden; was steckt dahinter?

Jeder nachdenkliche Mensch wird fra-

gen müssen: Wessen Interessen vertreten die Volksvertreter, die dies vertreten?

Wenn der genannte Vorhabensträger mit dem Architekten identisch ist, gegen den staatsanwaltschaftliche Ermittlungen in anderer Sache laufen, dann

sind die vorgenannten Fragen noch viel kritischer zu stellen.

Unsere Hoffnung ist, dass sich Rat und Verwaltung nochmals kritisch mit diesem Bebauungsplan beschäftigen und dem Landschafts- und Naturschutz den Vorrang geben.

Interkulturelle Angebote der VHS aufrechterhalten

■ GRÜNE wollen gemeinsame Resolution der VHS-Konferenz

Bei der Verabschiedung des Haushaltes für die Jahre 2000 und 2001 haben CDU und FDP gravierende Kürzungen der Mittel für die Volkshochschule (VHS) beschlossen.

Nach dem Willen der konservativen Ratsmehrheit soll die VHS DM 150.000,- weniger erhalten als es der Verwaltungsvorschlag zum Haushalt vorsah. Diese drastische Kürzung hat erhebliche Auswirkungen auf das Angebot der Volkshochschule vor allem im Bereich der Weiterbildung. Erhöhungen der Gebühren um in der Spitze bis zu 25 % werden sich nicht vermeiden lassen. Die beschlossenen Kürzungen treffen fast ausschließlich die Programmarbeit im Bildungsbereich, ma-

chen ökonomisch keinen Sinn, sondern richten nur Schaden an. Denn die von der konservativen Mehrheit diskutierte Privatisierung der VHS ist keinesfalls ökonomisch, da nur „produktive“ Bereiche veräußerbar sind, die aber notwendig bleiben um Bereiche wie die interkulturelle Arbeit überhaupt zu ermöglichen.

Angesichts der aktuellen Debatte gegen Rechtsextremismus dürfen diese unverzichtbaren Angebote, die das Miteinander verschiedener Menschen fördern, nach Ansicht der GRÜNEN nicht zur Disposition gestellt werden. Die bündnisgrüne Ratsfraktion wird das Anliegen der VHS, in allen Weiterbildungsbereichen die interkulturellen Qualifizierungsangebote zu sichern, voll unterstützen. Ziel der GRÜNEN ist es, die beschlossenen Kürzungen rückgängig zu machen. Um dieses zu

erreichen, wird die Fraktion eine Resolution in der nächsten Sitzung der Volkshochschulkonferenz einbringen, mit der eine Rücknahme der beschlossenen Kürzungen zur Sicherung der Programmarbeit im Bildungsbereich der VHS gefordert wird. Die GRÜNEN wollen den Fachpolitikerinnen und -politikern der VHS-Konferenz die Möglichkeit geben, sich dieser Resolution anzuschließen. Ziel soll sein, eine gemeinsame Resolution der VHS-Konferenz-Mitglieder in den Rat der Stadt einzubringen.

Wir hoffen, dass die Fachmenschen der einzelnen Fraktionen ihre Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt von der Notwendigkeit der Rücknahme der beschlossenen Kürzungen überzeugen werden, damit es in Wuppertal weiterhin ein attraktives städtisches Weiterbildungsangebot geben kann.

AUS DEM INHALT

Rechtsradikalismus in Wuppertal S. 2

GRÜNE gegen Änderung der Straßensatzung S. 2

Factory Outlet Center - Gefahr für die Innenstädte S. 3

Kasinokreisel wird verschwinden S. 2

Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser, wir hoffen, dass Sie alle gesund und munter aus dem Urlaub zurück sind und dass die Daheimgebliebenen die regenfreien Tage im Bergischen genießen konnten. Nach der Sommerpause läuft das politische Geschehen wieder auf Hochtouren. In dieser Ausgabe unserer Zeitung informieren wir Sie über die wichtigsten politischen Planungen und Entscheidungen in Wuppertal. Die nächste Ratssitzung wird einige wichtige Entscheidungen wie z.B. über Sein oder Nichtsein des Factory Outlet Center am Otto-Hausmann-Ring zu treffen haben; der Widerstand gegen die Bebauung der Luhnsfelder Höhe wird immer stärker und große Teile unserer Stadt sind aktiv gegen Rechtsextremismus und jeden Tag werden es mehr! Fazit: Aktive Bürgerinnen und Bürger sind gefragt! Zeigen Sie ihren Protest in Leserbriefen. Mischen Sie sich ein!

KURZ & klein

Spielstationen in der City

Kinder und ihre Eltern in Elberfeld können sich freuen: endlich wird es dort in der City an verschiedenen Standorten Spielstationen geben.

Drei Jahre hat es von den Stadtrundgängen der Kinder mit der damaligen GRÜNEN Bürgermeisterin Irmgard Wohler gedauert, bis die Forderungen der Kinder nach mehr Spielmöglichkeiten in der Innenstadt erfüllt wurden.

Der Stadtbetrieb Jugend und Freizeit hatte auf Antrag der GRÜNEN Fraktion viele fantasievolle Vorschläge vorgelegt, aber dann wurde von der Bauverwaltung gemauert! Angeblich gab es in der ganzen Innenstadt keinen Platz für Kinder. Geld war auch keines da und die Einzelhändler sahen auch keine Notwendigkeit, ihren kleinen und großen KundInnen den Einkauf etwas schöner zu gestalten. Stattdessen jammert man in diesen Kreisen lieber und sieht zu, wie die Innenstädte immer mehr veröden.

Aber: da gibt es ja noch die Bezirksvertretung Elberfeld! Die ist hartnäckig, wenn sie von einer Sache überzeugt ist! Und sie hat es geschafft: mit 40.000,- aus ihren eigenen Mitteln hat sie ein Zeichen gesetzt - uns sind die Kinder etwas wert! Nun sind die Widerstände überwunden, bald kann in der City Elberfeld gespielt werden - und Eltern und Kinder können sich auf einen abwechslungsreicheren Einkaufsummel freuen. Leider kommt kein Geld von der schwarzgelben Ratsmehrheit und die Verwaltung lässt uns lieber ein kurzes „blaues Wunder“ erleben als langfristig die Innenstädte attraktiver zu gestalten.

GRÜNE bieten an: Kindersprechstunde

Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion, Petra Bill, bietet ab Oktober eine Kindersprechstunde an. Alle Kinder, die in die Sprechstunde kommen möchten, werden um telefonische Anmeldung im Büro der Ratsfraktion unter der Telefonnummer 0202/563-6204 gebeten.

Staaßenumbenennung

Zur Sitzung der Bezirksvertretung (BV) Vohwinkel am 16.08.00 lag ein Bürgerantrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten- vor, in dem die Umbenennung der Vohwinkeler Straßenamen Mackensenstraße, Lettow-Vorbeck-Straße, Von-der-Goltz-Straße und Schlieffenstraße gefordert wurde.

Unser Mitglied in der BV, Ursel Simon, unterstützte den Antrag, da auch die GRÜNEN der Meinung sind, dass Zeichen gegen rechtsradikale Tendenzen auch dadurch gesetzt werden sollten, indem Personen durch Straßennamen gewürdigt werden, die Menschlichkeit und Demokratie verkörpern statt Militarismus und Nationalismus. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Rathaus
Barmen, 42269 Wuppertal
Tel.: 563-6204, Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Werner Bauer, Petra Bill, Bettina Brücher (Red.), Christel und Jürgen Harz, Petra Lückeroth, Klaus Lüdemann, Sylvia Meyer (Red.), Ursel Simon, Peter Vorsteher **Gastkommentar:** Werner Brauer, Kreisverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Jörg Lange
Satz und Gestaltung: Wupper-Nachrichten Verlags GmbH, Tannenbergr. 35, 42103 Wuppertal
Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 34.050
Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; Theater an der Gathe; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweistein, Bahnhof Unterbarren; Cinema, Berliner Straße; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Lebensbaum, Sophienstraße; ASIA, Berg, Universität; BUND, Völklinger Str. 3. **Die Abgabe ist kostenlos!**

Rechtsradikalismus in Wuppertal

Wuppertaler Initiative für mehr Demokratie und Toleranz wächst

Überfall auf eine Gedenkfeier am Mahnmahl Kemna, das im Vorfeld schon mehrmals Ziel von Nazischmierereien und Zerstörung war. Naziparolen an der Baustelle der Neuen Synagoge, Überfälle auf ausländische MitbürgerInnen und Obdachlose, die Steinwürfe gegen die Gesamtschule Barmen... Schulleiterin Heide Koehler: „Den Schülern ist deutlich geworden, dass das Potenzial rechter Gewalt da ist – und auch, dass es im Umfeld so nah vorhanden ist .

Nicht nur in den neuen Bundesländern, auch bei uns im Tal wird also deutlich, dass Rechtsradikale unter uns leben, für die die Gesinnung und Gräueltaten der Nazis im sog. Dritten Reich brandaktuelle Ideologie darstellt und die dieses durch Gewalt zum Ausdruck bringen.

Sie treten die Menschenwürde mit Füßen, sie verherrlichen eine Epoche, die an Unmenschlichkeit in unserer Geschichte an der Spitze des Unvorstellbaren steht. Sie verachten das Grundgesetz und versuchen, unsere Demokratie in Gefahr zu bringen. Es ist unbegreiflich.

Und trotzdem, so sehr es auch schmerzt, wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass es höchste Zeit ist, in Wuppertal, aber auch in der ganzen Bundesrepublik, Farbe zu bekennen und dem Rechtsradikalismus mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten.

Viel hat sich getan in der letzten Zeit. Veranstaltungen von Gewerkschaften, Parteien und anderen Initiativen zeigen, dass sich der Widerstand formiert. Alle WuppertalerInnen sind aufgefordert, Zivilcourage und Initiative zu erbringen, um jegliche Formen von Rechtsradikalismus im Keim zu ersticken.

Dem Aufruf des Oberbürgermeisters Kremendahl schlossen sich in kürzester Zeit über 3.000 Menschen an und machten mit ihrer Unterschrift deutlich, dass sie die vom OB ins Leben gerufene Wuppertaler Initiative für mehr Demokratie und Toleranz unterstützen. Und die Zahl der UnterzeichnerInnen wächst stetig.

Doch dies sind mehr oder weniger theoretische Verlautbarungen. Wichtig ist, alle guten Vorsätze auch in die Praxis umzusetzen.

Hier ein Auszug von kreativen Vorschlägen, die in einer Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Aktion gegen Rechts“ von TeilnehmerInnen gemacht wurden:

Gefordert wurde u.a. ein Verbot aller faschistischer Organisationen und Medien, eine bessere Beratung und

Betreuung von ausländischen MitbürgerInnen, die Vertiefung der Ursachenforschung für rechtsradikales Handeln sowie die Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Rechts.

Schulen sollten sich verstärkt um Aufklärungsarbeit bemühen, ebenso sollten Jugendeinrichtungen das Thema „Rechtsradikalismus“ nicht ignorieren. Viele Veranstaltungen wurde bereits durchgeführt oder befinden sich in Planung.

Die Wuppertaler GRÜNEN wirken mit an einer großen Kulturveranstaltung am 28.10.2000 im Forum Maximum. Sie setzen sich darüber hinaus für die Stärkung der interkulturellen Bildung an unseren Schulen ein.

Der Landtag in Düsseldorf hat auf Anregung der Landtagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN beschlossen, 18 Mio. Mark für kommunale Projekte gegen Rechtsextremismus zweckgebunden an die Kommunen fließen zu lassen. Für Wuppertal wird es ca. DM 375.000,- Mark gegen Rechts geben. Internationale Kulturfeste sind gute Gelegenheiten, ausländische NachbarInnen im Stadtteil kennenzulernen. Gelegenheit gibt sicherlich auch die Woche des ausländischen Mitbürgers vom 23.09. - 01.10.2000. Gehen Sie doch einfach einmal zu den angebotenen Veranstaltungen und zeigen Sie Ihr Interesse, feiern Sie mit und machen Sie die Erfahrung, wie spannend andere Kulturen sein können.

LehrerInnen könnten mit ihren SchülerInnen und Schülern öfter die jüdische Kulturgemeinde besuchen oder die Begegnungsstätte Alte Synagoge. Dass es in Wuppertal auch einige Moscheen gibt, ist ein guter Grund, sie zu besuchen und sich über den Islam zu informieren. Auch hier gibt es Tage der Offenen Tür.

Nicht nur AusländerInnen sind von Übergriffen betroffen, auch andere Minderheiten sind in dem Weltbild der stark beschränkt denkenden rechten Gesinnungsgenossen Ziel von Attacken.

Die große Mehrheit unserer Gesellschaft arbeitet daran, Minderheiten zu integrieren und zu akzeptieren, wenn z.B. schwule oder lesbische Paare sich trauen lassen wollen, wenn Behinderte Führungspositionen besetzen oder im Sport Höchstleistungen erbringen. Deutsche mit ausländischer Herkunft sitzen bei uns in Parlamenten und einige Wenige in den Chefetagen der Wirtschaft. Wir sind auf dem Weg zu einer toleranten, multikulturellen Gesellschaft. Wehren wir den bereits fortgeschrittenen Anfängen und lassen wir uns nicht dazu zwingen, unsere hart erkämpfte Toleranz aufzugeben und leisten wir Widerstand. Folgen wir doch Erich Kästner, der schrieb: Wir müssen unseren Teil der Verantwortung für das, was geschieht, und für das, was unterbleibt, aus der öffentlichen Hand in die eigenen Hände zurücknehmen.

Verkehrter Verkehr

Rolle rückwärts in Elberfeld



„Aufräumen“ im Verkehrsausschuss

Überall auf der Welt werden Ampeln durch Kreisverkehre ersetzt - überall, nur nicht in Elberfeld. Am Kasinokreisel soll ein nicht vorhandenes Problem mit einem Kreuzungsumbau und einer Ampelanlage gelöst werden. Die CDU will jetzt um jeden Preis ihr abstruses 49-Punkte-Programm umsetzen und Wuppertal zur autogerechten Stadt machen.

Nach Auskunft der Verwaltung ist die Belastung der Kreuzung am Kasinokreisel zur Zeit genau so hoch wie im Dezember 1999. Probleme durch Rückstaus gab es während des Versuchs mit der provisorischen Ampelanlage. Zur Zeit können wir vor Ort keine Staus sehen. Warum soll dann umgebaut werden? Wir halten diese verrückte Idee wie viele andere CDU-Vorschläge für unsinnig, teuer und überflüssig.

Wir sind weiter für eine Sperrung der Neumarktstraße am Kaufhof, verbunden mit einer Zufahrt zum Parkhaus vom Kasinokreisel aus.

Ein weiteres überflüssiges Projekt ist der Umbau der Bushaltestelle vor dem Schauspielhaus. Angeblich soll so der Autoverkehr beschleunigt werden. Nur hält dort noch eine einzige Buslinie im 20-Minuten-Takt. Für die Zeitersparnis von einigen Sekunden sollen 370.000 DM ausgegeben wer-

den. Eine neue Abbiegespur geht zudem auf Kosten der Grünfläche in der Mitte der B 7.

Noch so ein Beispiel für die unsinnige Verkehrspolitik von CDU und FDP ist die Öffnung der Luisenstraße zur Briller Straße. Die Kosten dafür sind noch unbekannt. Was die Maßnahme bringen soll ebenso. Sicher ist, dass Kinder auf dem Spielplatz gefährdet werden und eine Regelung, die hervorragend angenommen wurde, wieder rückgängig gemacht werden soll.

Die Abbiegespur vom Wall in die Neumarktstraße (150.000 DM) war geradezu billig. Die drei genannten Maßnahmen (Kasinokreisel, Öffnung der Luisenstraße, Bushaltestelle vor dem Schauspielhaus) kosten zusammen mindestens eine Million.

Und es kommt noch dicker: Auf der Liste stehen noch: unrealistische Ausbaupläne für die Tannenbergstraße, der Abstieg Bendahl oder gigantische Umbaupläne für das Briller Kreuz. Das kostet zusammen über 100 Millionen. Wenn die CDU jetzt ihr 49-Punkte-Programm ohne Sinn und Verstand mit einem riesigen finanziellen Aufwand durchsetzen will, ist das nicht besser als die sozialistische Planwirtschaft der DDR.

Wenn soviel Geld für den Autoverkehr ausgegeben wird, bleibt natürlich nichts mehr für die Menschen übrig. Die Folgen merken SozialhilfeempfängerInnen, VHS-BesucherInnen, KiTa-Kinder und Jugendliche. Das heißt dann bei der CDU „partnerschaftliches Miteinander“.

Straßensatzung

GRÜNE Fraktion: Änderungen unsinnig



„Abräumen“ mit Hilfe der Straßensatzung?

Er hat es geschafft. Jetzt ruft der Parteivorsitzende und frisch gekürte Beigeordnete für Schutz und Ordnung, Udo Hackländer, zum Angriff.

Obdachlose, Drogenkranke und andere „Randgruppen“ unserer Gesellschaft sollen von der Straße. Und das alles unter dem Deckmantel „unsere Stadt soll sauber werden.“

Nachdem die CDU die OB-Wahlen verloren hatte und ihr OB-Kandidat und Kreisvorsitzender Richter zurückgetreten war, kletterte Udo Hackländer in Windeseile die Karriereleiter hoch: Der Leiter der Polizeisonderdienste Hackländer setzte sich mit einer Stimme Mehrheit gegen die CDU-Bundestagsabgeordnete Ursula Lietz im Parteivorsitz durch.

Danach eroberte er sich den begehrten Bürgermeisterposten zusätzlich zum Parteivorsitz. Und als dann ein CDU-Beigeordneter zur Wahl stand, wurde, persönlich auf ihn zugeschnitten, der Geschäftsbereich Schutz und Ordnung bereitgestellt.

Von der Bedeutung im Gesamtgefüge der Stadtverwaltung ein eher unbedeutender Bereich, aber genau richtig für diesen Polizisten.

Kaum im Amt, kündigte er in der Öffentlichkeit dann auch schon seine erste Initiative an. Die Straßen und Plätze in der Stadt sollen sauberer werden. Während man diesem Satz ja noch zustimmen kann – wer ist nicht für saubere Straßen und Plätze? – können sich sozial engagierte Menschen mit seiner Begründung nicht anfreun-

den: Obdachlose und Drogenkranke, Bettler und was sonst noch den städtischen Beigeordneten stört, sollen aus den Innenstädten vertrieben werden. Dazu sollen auch 15 neue Mitarbeiter erhalten, die zukünftig im neu eingerichteten kommunalen Ordnungsdienst besonders in den Innenstädten von Wuppertal ihren Dienst verrichten sollen.

Als Begründung werden so interessante Beispiele wie AutofahrerInnen, die ihren Aschenbecher auf die Straße kippen, genannt.

Auf viel Gegenliebe ist sein Vorschlag indes nicht gestoßen. Innerhalb der Verwaltung, aber auch bei vielen Organisationen der Stadt hat der Vorschlag Widerspruch hervorgerufen. Da wird zu Recht auf die inzwischen gut funktionierende soziale Ordnungspartnerschaft verwiesen, die mit einer Kombination aus sozialen Initiativen, aber auch ordnungsrechtlichen Aktivitäten in den vergangenen Jahren wesentlich zu einer Verbesserung der Situation in der Stadt beigetragen hat. Dass es auch hier noch einiges zu verbessern gibt, ist unbestritten. Das Modell findet aber in der Zwischenzeit weit über Wuppertals Stadtgrenzen hinaus Beachtung. Dass Hackländer mit seiner Initiative genau dieses Modell gefährdet, muss mehr als Widerspruch in der Stadt hervorgerufen!

Übrigens: Die Initiative hat er nach erfolglosen Versuchen der Durchsetzung in der Verwaltung in der Jacke des Parteivorsitzenden vorgestellt.

Dies zeigt: Den Hut des Parteivorsitzenden sollte er besser an den Nagel hängen.

Gastkommentar: Gigantisches Factory Outlet Center gefährdet Wuppertal

■ von Werner Bauer, Kreisverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Bündnis 90/DIE GRÜNEN bündeln Widerstand gegen FOC. Die Diskussion um die Errichtung eines Factory Outlet Centers in Wuppertal spitzt sich dramatisch zu.

Am 18. September soll der Wuppertaler Stadtrat in einem Grundsatzbeschluss über die Pläne des Wülfrather Baulöwen Uwe Clees und einer internationalen Betreibergesellschaft entscheiden. Konkret geht es um den Antrag, auf einem 140.000 qm großen Gelände am Otto-Hausmann-Ring ein riesiges Einkaufszentrum für den Fabrik-Abverkauf von Designer-Waren zu errichten.

Vor zwei Jahren gab Oberbürgermeister Dr. Hans Kremendahl im Einklang

die Versprechungen an ECE keine Bedeutung mehr. Die können ihren Rohbau ja auch schlecht wieder abreißen. Doch was bedeutet die Errichtung des geplanten Centers für Wuppertal?

Eine riesige Grünfläche am Stadtrand wird versiegelt. Dabei bleibt die Frage offen, ob die nötige Sanierung der Altlasten auf dem Gelände gewährleistet ist. 1.900 Parkplätze und unvorstellbare 39.500 qm Verkaufsfläche werden ein horrendes Verkehrsaufkommen heraufbeschwören. Der Wuppertaler Einzelhandel erleidet dramatische Umsatzeinbrüche. Durch die besondere Situation Wuppertals mit den beiden Zentren Elberfeld und Barmen werden die Auswirkungen noch verstärkt. Insbesondere viele kleinere Geschäfte gehen zugrunde. Die beiden heute schon gefährdeten Stadtzentren werden vollends.

Von besonderem Interesse ist die Frage, wie sich die Ansiedlung eines FOCs für die Bürgerinnen und Bürger direkt auswirkt. Schließlich sollen im FOC Designer-Artikel zum halben Preis zu haben sein. Und wen würde das nicht freuen? Die Erfahrungen mit den bisher existierenden Centers, bspw. in Parndorf bei Wien oder Wüstermark bei Berlin, zeigen jedoch, dass es mit den hochwertigen Designer-Waren in FOCs nicht weit her ist. Die erstklassigen Hersteller wie Seidensticker, Bäumlerei oder Basler, um nur einige Beispiele zu nennen, siedeln sich in FOCs nicht an, und diese drohen zu Ramschläden zu verkommen. Konsequenz des Überangebots an Verkaufsflächen sind Leerstände in den FOCs und gleichzeitig ruinierte Läden in den Innenstädten. Das Angebot für die VerbraucherInnen wird dadurch insgesamt wesentlich schlechter.

Aus diesen Gründen sind Bündnis 90/Die GRÜNEN entschiedene Gegner der FOC-Pläne der Stadt. Um dem breiten Protest vieler BürgerInnen und ge-



Veranstaltung der GRÜNEN – ein voller

Anträge gegen das geplante FOC

Bezirksvertretung Elberfeld-West, 13.09.2000:

Auf Antrag der GRÜNEN Bezirksvertreterin in Elberfeld-West, Petra Lückerrath, hat sich die BV (allerdings ohne die Stimmen der SPD) am 13.09.00 gegen die aktuellen Planungen eines Outlet-Center ausgesprochen.

Rat der Stadt Wuppertal, 18.09.2000:

Die GRÜNE Ratsfraktion stellt ebenfalls den Antrag, die Ansiedlung des FOC abzulehnen.

Erfolg gegen das FOC

ten sich dieser Diskussion aber nicht stellen. So bleibt die Frage: Wer will ein FOC in Wuppertal und warum? Spielen möglicherweise gar finanzielle Zuwendungen des potentiellen Investors an die großen Parteien eine Rolle? Der Sprecher der grünen Ratsfraktion, Peter Vorsteher, brachte es in der Podiumsdiskussion auf den Punkt: „Um seine Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, muss der Stadtrat hier seine Unabhängigkeit beweisen!“



mit allen Ratsfraktionen der ECE Projekt Management GmbH das Versprechen, die FOC Pläne nicht weiter zu verfolgen. Ansonsten hätte die ECE den Bau der City Arkaden sofort aufgegeben. Doch heute, zwei Jahre später, will Kremendahl in wundersamer Harmonie mit den Fraktionen von SPD und CDU Clees' Wünschen nachkommen. Nach dem Motto: 'Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?', haben

sellschaftlicher Gruppierungen das nötige Gehör zu verschaffen, haben wir am 26.8. in der WZ nebenstehende Anzeige veröffentlicht und am 28.8. in einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit führenden Vertretern von Stadt, Land, Gewerkschaften und Einzelhandel den ganzen Unsinn dieses Projektes aufgedeckt. Gerne hätten wir auch gehört, was denn für die Errichtung eines FOCs spricht. Der Oberbürgermeister und der potenzielle Betreiber woll-

Verweigerte Diskussion

■ Kein Geld für Buch über Antifaschismus

Intoleranz, Rassismus und die Bereitschaft, Minderheiten zum Sündenbock gesellschaftlicher Missstände abzustempeln, sind in unserer Gesellschaft immer noch weit verbreitet.

Zahlreiche Gewalttaten mit rechtsradikalem Hintergrund haben nun in Deutschland zu einer Welle von Aktionen geführt, mit denen sich unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen den neofaschistischen Tendenzen entgegenstellen wollen.

Wesentliche Punkte der aktiven Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sind schonungslose Offenheit bei der Aufarbeitung der NS-Zeit und eine stetige Erinnerungsarbeit. Diesen Zielen hat sich der „Verein zur Erforschung der sozialen Bewegungen im Wuppertal e.V.“ verschrieben. In der Reihe „Verfolgung und Widerstand in Wuppertal“ wird im Dezember bereits Band drei publiziert, eine bearbeitete deutsche Übersetzung der Erinnerungen des Antifaschisten Helmut Kirschey, der 1913 in Elberfeld geboren wurde und heute in Schweden lebt. Unter dem Titel „Helmut Kirschey – ein Antifaschist minnen (Erinnerungen eines Antifaschisten)“ erschien das Buch 1997 in Stockholm und stieß in Schweden auf große Resonanz. Helmut Kirschey erhielt dafür im letzten Jahr den Kulturpreis eines Arbeiter-Bildungsverbandes. In dem Buch wird die Kindheit und Jugend von Kirschey in Wuppertal ausführlich geschildert. Zur Finanzierung der geplanten Publikation ist der Verein auf Unterstützung angewiesen.

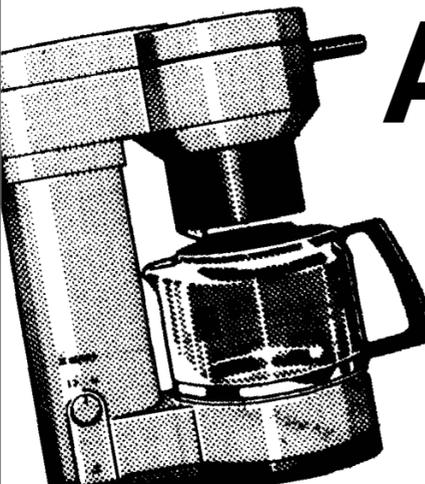


Kulturausschuss wollte kein Zeichen setzen.

Deshalb haben wir im Kulturausschuss einen entsprechenden Antrag gestellt. Es ging um einen Zuschuss in Höhe von DM 2000.–. Doch zu unserer großen Verwunderung wollten sich die Fraktionen von SPD, CDU und FDP erst gar nicht mit dem Antrag befassen. Die

Vorsitzende verwies auf Verwaltungsinformationen, „dass da im Presseamt etwas lief“ und eine ausdrückliche Unterstützung des Projektes durch den Kulturausschuss wurde abgelehnt. Hier ist wieder mal eine Chance vertan worden, Zeichen zu setzen. Schade!

Kaffeemaschine selber kaufen



ABO

geschenkt

Wenn Du „DIESE GRÜNEN!“
regelmäßig lesen möchtest,
Coupon ausfüllen und an die
Grüne Ratsfraktion, Rathaus,
42269 Wuppertal schicken.

Name Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „Diese Grünen“
damit einverstanden, dass bei der Änderung meiner Anschrift die
neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitschrift
weitergeleitet wird.

Ratschronik 26.06.2000

Stadtwerbung

Die GRÜNEN haben zu Beginn der Ratssitzung den Antrag gestellt, die Vergabe der Stadtwerbung im öffentlichen Teil der Ratssitzung zu diskutieren, um der CDU Gelegenheit zu geben, dem Vorwurf der Bestechlichkeit zu begegnen. Das wollte die CDU jedoch nicht, der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Factory Outlet Center

OB Dr. Kremendahl berichtete, dass er tatsächlich mit den potenziellen Investoren und Stadtverordneten von SPD und CDU die Ansiedlung eines FOC erörtert hatte. Die GRÜNE Fraktion war nicht eingeladen. Der Investor hat als Anreiz (um den Zuschlag zum Bau eines FOC zu erhalten) vorgeschlagen, die Deponie Eskesberg als Standort des FOC von den vorhandenen Altlasten auf eigene Kosten zu sanieren.

Haarhauser Bruch

Die GRÜNEN lehnen als einzige Fraktion den Einleitungsbeschluss des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ab. Die Ablehnung der GRÜNEN erfolgte, weil hier ehemalige Tennisplätze in Wohnbebauung umgewandelt

werden sollten. Der Besitzer des Grundstückes hatte dem Tennisverein gekündigt, der Verein baute dann in einem Gebiet, das teilweise unter Naturschutz stand. Dagegen haben sich die GRÜNEN von Anfang an gewehrt. Der Rat hatte dem Vorhaben anfangs mehrheitlich zugestimmt mit der Option, dort keine Wohnbebauung zuzulassen. Mit dem jetzt gefassten Beschluss sind die anderen Fraktionen umgefallen. Der Grundstückseigner kann sich freuen und in Wuppertal ist der Anteil an Natur wieder einmal geschrumpft.

Kuratorium Lokale Agenda 21 aufgelöst

Die konservative Mehrheit setzte sich mit ihrem Antrag durch, das Kuratorium aufzulösen; die PolitikerInnen sollten mehr Einfluss erhalten und der OB solle das Thema zur Chefsache erklären. Nun findet die Agenda nur noch begrenzt während einer Sonder-Ratssitzung im Jahr statt.

Trotz guter Argumente der GRÜNEN, das Kuratorium in der bisher arbeitenden Weise aufrechtzuerhalten, setzten sich CDU und FDP durch. Die Beteiligung der WuppertalerInnen am Agenda-Prozess wird damit verringert.

Frauenförderung in der Stadtverwaltung

Die Vorsitzende des Frauenausschusses, die GRÜNE Stadtverordnete Ursel Simon, stellt die Fortschreibung des Frauenförderplanes der Stadtverwaltung vor: Noch immer gibt es wenig Frauen in Führungspositionen. Von 37 Leistungseinheiten gibt es nur 7 Frauen, die in leitender Funktion sind. Fazit: Noch immer sind wir weit von einer paritätischen Beteiligung von Frauen auf allen Hierarchieebenen und damit auch auf den Gehaltsebenen entfernt. Der Frauenausschuss hofft auf die lokale Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes. Die Struktur des Frauenförderplans soll, so ein Beschluss, im November an das Gesetz angegliedert werden. Diesem Beschluss folgte der Rat einstimmig.

Beirat der Justizvollzugsanstalt

Der Beirat der Justizvollzugsanstalt Wuppertal wurde neu besetzt; neu ist auch, dass die GRÜNE Fraktion nicht mehr vertreten ist.

Luhnsfelder Höhe

Die GRÜNE Fraktion stimmte gegen den Einleitungs- und Aufstellungsbe-

schluss der Luhnsfelder Höhe; die GRÜNE Aufforderung, VOR dem Ratsbeschluss die Bezirksvertretung einzubeziehen, fand nicht die Zustimmung der Ratsmehrheit.

Ressort Stadtmarketing

Es gab einiges Gerangel zwischen SPD und CDU darum, wo das neu zu schaffende Ressort anzusiedeln sei: naturgemäß wollten CDU und FDP es in „ihrem“ Stadtentwicklungsbereich verankert wissen, die SPD wollte es bei „ihrem“ OB ansiedeln. Die GRÜNE Fraktion schlug vor, das Thema wegen seiner Wichtigkeit als Gemeinschaftsaufgabe zu definieren, weil es eine übergeordnete Aufgabe ist und entsprechend nicht einem konkreten Ressort zugeordnet werden sollte. Wieder einmal setzt sich die konservative Mehrheit durch; der OB kündigt an, das Thema zur Chefsache zu erklären und den Ratsbeschluss nicht anzuerkennen. Ein solches Vorgehen lässt mit Spannung die weitere Entwicklung erwarten.

„Agitation“ in der Verwaltung

Eine Woche nach Abschluss des städtischen Haushalts stellt die CDU einen

Antrag an den Rat, der das Verhalten von städtischen MitarbeiterInnen im Verlauf der Beratungen kritisiert. Anfangs hielt der CDU-Fraktionsvorsitzende Simon fest, dass „der allergrößte Teil der städtischen Mitarbeiter anständig und ordentlich und auch loyal seine Arbeit verrichtet.“

Dann jedoch ging es böse „zur Sache“: VerwaltungsmitarbeiterInnen wurden namentlich in öffentlicher Sitzung an den Pranger gestellt, es wurden unglaubliche persönliche Diffamierungen geäußert. Der CDUler Müller verstieg sich sogar dazu, einen Mitarbeiter als „bezahlten Wahlkampfstörer“ zu bezeichnen. Die GRÜNE Fraktion verwahrte sich gegen die von der CDU vorgebrachte Diffamierung und stellte sich solidarisch hinter die Verwaltungsleute, die nichts anderes gemacht hatten als engagiert ihre Arbeit zum Wohl Wuppertals zu verrichten.

Die GRÜNE Fraktion wunderte sich außerdem über die vollständig antiquierte und obrigkeitshörige Auffassung der CDU sowie der FDP von Verwaltungsangestellten. Die ganze Aktion sollte wohl davon ablenken, dass die CDU im Nachhinein viele Anträge zum Haushalt zurücknehmen musste, weil sie nicht korrekt waren.

Ratsvorschau

Die folgende Ratssitzung am 18.09.2000 wird eine der spannendsten der letzten Zeit, deshalb möchte die Redaktion Ihren LeserInnen in Form einer Vorschau die wichtigsten Ereignisse und die Anträge und Anfrage der GRÜNEN Ratsfraktion vor der Sitzung nahe bringen.

Antrag gegen ein FOC am Eskesberg

Vor zwei Jahren hatten sich noch alle im Rat vertretenen Fraktionen gegen ein Factory Outlet Center am Otto-Hausmann-Ring ausgesprochen; mittlerweile sind die großen Fraktionen wortbrüchig geworden. Da die Parteien aufgefordert sind, hier aktiv zu werden, machen die GRÜNEN den Anfang: Wir stellen den Antrag, dass der Rat sich gegen die Ansiedlung des FOC entscheiden soll.

Anfrage Umsetzung Benzolwerte

Am 05. Juli 2000 hat das Europäische Parlament eine Richtlinie über die Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität angenommen. Sie setzt zum ersten Mal europaweit Luftgrenzwerte für Benzol und Kohlenmonoxid fest. In der EU sind 80-85 % der Benzolemissionen auf die Verbrennung von Benzin im Straßenverkehr zurückzuführen.

Das Europäische Parlament und die Kommission fordern, 5 Mikrogramm / m³ als Jahreswert für Benzol im Jahr 2010 zu erreichen. Die GRÜNEN fragen in der Ratssitzung nach konkreten Maßnahmen in Wuppertal.

Verschärfung der Straßensatzung

Die CDU bzw. die FDP stellt in der Ratssitzung den Antrag, die kommunale Straßensatzung zu verschärfen. Die GRÜNE Fraktion spricht sich klar gegen die Verschärfung aus. Wir sind der Meinung, dass die kommunale Ordnungspartnerschaft in Wuppertal die soziale Situation in unserer Stadt gut bewältigt. Wir befürchten, dass mit dem Antrag eine reaktionäre Diskussion vom Zaun gebrochen wird, indem z.B. Obdachlose, die sich in den Innenstädten treffen, in die Außenbezirke verbannt werden. Soziale Probleme können jedoch nicht verdrängt werden, wir müssen uns mit ihnen auseinandersetzen. Wir haben eine Straßensatzung, mit der die Probleme angegangen werden können.

Deshalb fragen wir in der Ratssitzung nach, ob es überhaupt einen Regelungsbedarf gibt, der nicht mit der gültigen Straßensatzung erfasst werden kann und bitten um einige Fakten, die diese Diskussion auf eine sachliche Ebene zurückbringen soll.

len und andere öffentliche Institutionen und die Bauern im Umland von Wuppertal beschäftigten ZwangsarbeiterInnen.

Die GRÜNE Fraktion stellt den Antrag, dass die Stadt Wuppertal die Projektgruppe "Spurensuche - Zwangsarbeit



Straßensitzung statt Straßensatzung: Porträtmaler in Florenz

Resolution zur Beibehaltung des Bildungsangebotes der VHS

Da CDU und FDP in den Haushaltsberatungen gravierende Kürzungen der Mittel für die VHS beschlossenen haben, drohen nun Einschränkungen im Bildungsangebot der VHS. Die GRÜNE Fraktion stellt eine Resolution zur Abstimmung, die das Ziel hat, die Kürzungen zurückzunehmen. Nähere Informationen sind dem Artikel in dieser Ausgabe zu entnehmen.

Eine Mark gegen Rechts

Die GRÜNE Fraktion beantragt, dass der Rat über konkrete Vorschläge beschließen soll, wie mit den Geldern, die von der Landesregierung zur Arbeit gegen Rechtsradikalismus in Wuppertal zur Verfügung gestellt werden (375.000 DM), verfahren werden soll.

Wuppertaler Besuchsprogramm für ehemalige ZwangsarbeiterInnen

Über 30.000 ZwangsarbeiterInnen wurden während des zweiten Weltkrieges in Wuppertal zur Arbeit gezwungen. Fast alle Wuppertaler Unternehmen, die Reichsbahn, die kommunale

in Wuppertal e.V." aktiv bei der Erarbeitung eines Konzeptes für ein Wuppertaler Besuchsprogramm für ehemalige ZwangsarbeiterInnen unterstützt und sich auch an der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten beteiligt.

Anfrage zum Stand interkultureller Bildung

Angesichts der Diskussion um Rechtsradikalismus stellt die GRÜNE Fraktion eine umfangreiche Anfrage zum Thema interkulturelle Bildung. Wir sind mit allen fortschrittlichen Fachleuten der Meinung: Wichtig für unsere demokratische Zukunft sind Toleranz, Partnerschaftlichkeit und Integration aller Zugewanderten und Flüchtlinge in Wuppertal. Dazu gibt es keine Alternative. Unser Bildungssystem hat hier noch einige Lücken, deshalb brauchen wir eine klare Bestandsaufnahme. Wenn die Antworten vorliegen, kann Bilanz gezogen werden. Die GRÜNEN wollen eine kluge konzeptionelle Planung und Gestaltung des Bildungsbereichs in Wuppertal, der auf Integration, interkulturelle Kompetenz und umfassende Förderung im Sinne von Chancengleichheit ausgerichtet ist.

Mensch.

Du hast uns gerade noch gefehlt!

Grüne Politik ist keine One-WoMan-Show.

Und die Grüne Partei

keine Briefkastenfirma. Wir

suchen **Menschen** mit **Ideen**, denen

es nicht reicht, Politikverdruß einfach nur in

Nichtstun umzusetzen. Die **Lust** haben, sich

einzumischen, **Engagement** zu zeigen, die

eigenen Interessen selbst zu vertreten.

Politik braucht Ideen.

Ideen brauchen Dich.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Mail uns !

gruene.wuppertal@t-online.de

Schreib uns !

Na klar! Ich hab' Euch gerade noch gefehlt!

o Ich habe Interesse an Treffs / Veranstaltungen

o Ich möchte Mitglied werden

Name:

Straße:

Postleitzahl: _____ Tel. _____

Bitte senden an:
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Oberbergische Str. 8

KV Wuppertal
42285 Wuppertal